GUATE-NETZ

Infobulletin Guatemala-Netz Zürich 12. Mai 2020 Nr. 65

Liebe Leserinnen, liebe Leser

Es sind unsichere, bewegte Zeiten. Unser ganzes System wurde durch ein Virus in Frage gestellt. Gleichzeitig setzt diese Situation auch eine Bewusstwerdung in Gang – die zumindest mir – neue Ressourcen eröffnet und hoffentlich dazu verhilft, entschlossener Stellung zu beziehen und sich unseres privilegierten Lebens bewusst zu werden.

In Guatemala lösen die vom Staat verhängten Vorschriften zur Eindämmung des Coronavirus unerträgliche Situationen aus. Hungernde Menschen hängen weisse Fahnen an ihrem Haus auf, um Behörden und humanitäre Organisationen darauf aufmerksam zu machen, dass sie dringend auf Lebensmittelhilfe angewiesen sind. Wie sich Präsident Giammattei als Teil der Oligarchie in Zeiten der Coronakrise verhält und die Machtverhältnisse zementiert, schildert uns die ehemalige Koordinatorin des Guatemalanetzes Bern Alice Froideveaux, die seit über eineinhalb Jahren in Guatemala arbeitet, in ihrem Beitrag.

Sich erinnern können ist wichtig für das Leben im Hier und Jetzt und die Zukunft. Vielen Menschen in Guatemala ist das Erinnern jedoch verwehrt. Zum einen, weil sie nicht an die schreckliche Zeit des Bürgerkriegs zurückdenken wollen und zum anderen, weil das Verschwinden ihrer Angehörigen, in dem vor allem gegen die indigene Bevölkerung geführten Krieg der Militärdiktaturen von der immer noch herrschenden, meist weissen Oligarchie nicht anerkannt wird. Das heisst, was geschah, passierte gemäss dieser gar nie, wie der immer wiederkehrende Slogan der Regierungen, «es gab keinen Genozid» verdeutlicht.

Etliche Dokumente, beispielsweise aus dem 2005 entdeckten Polizeiarchiv, belegen zahlreiche zwischen den 1970er- und 1990-Jahren verübte Gräueltaten, die nun endlich juristisch aufgearbeitet werden können. Davon erzählt uns Corsin Blumenthal, Co-Präsident des Guatemalanetzes Bern.

Silvia Brennwald interviewte Gründer und Gründerinnen von Prensa Comunitaria, dem indigenen Nachrichtenportal Guatemalas. Aus ihrem Artikel werden deren Hauptanliegen deutlich. Dem von der herrschenden Klasse verordnetem Nichtwissen und Desinformation wollen sie Austausch und Organisation entgegensetzen.

Falls Sie Fragen und Kommentare zum ersten Bulletin dieses Jahres haben, freuen wir uns über Ihre Rückmeldungen und Zuschriften. Wir hoffen Sie an der auf unbestimmte Zeit verschobenen Mitgliederversammlung anzutreffen und uns persönlich mit Ihnen austauschen zu können.

Barbara Klitzke

In der Coronakrise schwenken Personen weisse Fahnen oder hängen diese an ihre Häuser, um auf ihre Bedürftigkeit aufmerksam zu machen. Foto: Prensa Comunitaria

Zum Schweigen gebrachte Erinnerung? Das Historische Archiv der Nationalpolizei Guatemalas

Seit Mitte 2018 ist es vorbei mit der relativen Stabilität des Historischen Archivs der Nationalpolizei[1] Guatemalas (AHPN). Auf administrativem Weg versucht die guatemaltekische Regierung offenbar, das AHPN «zum Schweigen zu bringen». So kann man seit Mitte 2018 in den Medien immer wieder besorgniserregende Meldungen vernehmen, welche die Arbeit und Zukunft des AHPN stark in Frage stellen. Doch warum dieses Interesse an «alten Papieren»?

Vergangenheitsarbeit und Archive

Nach bewaffneten Konflikten, schweren Menschenrechtsverletzungen und Verstössen gegen das humanitäre Völkerrecht gilt Vergangenheitsarbeit als wesentliche Grundlage für eine friedliche Gesellschaft. Das Ziel der Vergangenheitsarbeit ist es, eine Kultur der Rechenschaftspflicht, der Rechtsstaatlichkeit und der Versöhnung aufzubauen. Dabei spielen Archive eine zentrale Rolle, da sie eine glaubwürdige Dokumentation vergangener Menschenrechtsverletzungen und eine wichtige Informationsgrundlage für verschiedene Prozesse im Bereich der Vergangenheitsarbeit zur Verfügung stellen. So auch das Historische Archiv der ehemaligen Nationalpolizei Guatemalas. Es birgt etwa 80 Millionen Dokumente, die von 1882 bis 1997 datieren und 2005 per Zufall entdeckt wurden. Obwohl sie nur lose gebündelt waren und sich in einem sehr schlechtem Zustand befanden, ist es dank des unermüdlichen Einsatzes des AHPN-Personals und der Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft gelungen, Millionen bisher unbekannter Dokumente zu erhalten und wichtige Prozesse im Bereich der Vergangenheitsarbeit in Guatemala zu initiieren.

In diesem Zustand wurde das Polizeiarchiv angetroffen.
Foto: © AHPN

Beitrag zur Vergangenheitsarbeit

Die meisten Personen assoziieren die Rolle des AHPN im Bereich der Vergangenheitsarbeit in Guatemala vermutlich mit Gerichtsverfahren. Seit 2010 werden Dokumente des AHPN für verschiedene Prozesse im Zusammenhang mit dem bewaffneten Konflikt verwendet. Dadurch gelang es, ehemalige hochrangige Militärangehörige zu verurteilen. Dies ist sicherlich mit ein Grund, warum das AHPN der Regierung Guatemalas ein Dorn im Auge ist und sich die Angriffe kurz nach dem wegweisenden Gerichtsurteil im Fall Molina Theissen[2] intensiviert haben.

Der Beitrag des AHPN zur Vergangenheitsarbeit in Guatemala geht aber weit über Gerichtsverfahren hinaus. In einer von Undurchsichtigkeit und Informationsverweigerung geprägten Vergangenheit Guatemalas bietet der Zugang zum Archiv der Gesellschaft die Möglichkeit sich über ihre Vergangenheit zu informieren und Fakten zu prüfen, für die es vorher nur mündliche Zeugenaussagen gab. Seit Jahrzehnten suchten beispielsweise Angehörige von Opfern von gewaltsamem Verschwindenlassen Informationen über deren Schicksal, oft ohne oder mit wenig Erfolg. Mit dem Polizeiarchiv existiert eine wichtige Quelle, die bereits vielen Suchenden Antworten geliefert hat. Solche Informationen über das Geschehene sind für die Angehörigen der Opfer sehr wichtig, da in vielen Fällen erst die Bestätigung des Todes den Beginn des Trauerprozesses ermöglicht. Der Zugang zu Informationen sollte als Teil des Rechts der Betroffenen auf Wahrheit und – zumindest eine symbolische – Wiedergutmachtung betrachtet werden. Ein weiterer Beitrag des AHPN in diesem Sinne ist, dass die derzeitigen Einrichtungen des Archivs ein Erinnerungsort sind. An diesem Ort, an dem sich wahrscheinlich auch ein Geheimgefängnis befand, werden Führungen angeboten, bei denen die Besucher*innen in die Geschichte des Polizeiarchivs und den Kon-

Foto: © AHPN

text des bewaffneten Konflikts eingeführt werden. Das Personal des AHPN hat auch ein kleines Museum eingerichtet. Diese Aktivitäten tragen dazu bei, dass die Erinnerung an das Geschehene erhalten bleibt und Teil des historischen Vermächtnisses des Landes wird. Ebenso zielen diese Aktivitäten darauf ab, die Bevölkerung für die Ereignisse des bewaffneten Konflikts zu sensibilisieren und so die Wahrscheinlichkeit einer Wiederholung zu verringern. Die Dokumente des Archivs dienen auch als Grundlage für Forschungsarbeiten, Bücher und Artikel und tragen so zur historischen Forschung und zur Bewahrung der Geschichte Guatemalas bei. Das AHPN hat zudem die Professionalisierung der Archivwissenschaften in Guatemala unterstützt. So hat sein Personal Weiterbildungen und Beratungen für staatliche (z.B. Staatsanwaltschaft) und nichtstaatliche Organisationen und Institutionen durchgeführt. Dadurch wird die Rechtsstaatlichkeit gestärkt, was für eine Demokratie unerlässlich ist.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass das AHPN wesentlich zur Aufklärung der Ereignisse im Zusammenhang mit dem jahrzehntelangen bewaffneten Konflikt und zur Suche nach Wahrheit und Gerechtigkeit für guatemaltekische Familien beigetragen hat. Darüber hinaus wurde das Archiv zu einer wichtigen Grundlage für die historische Forschung sowie für die Professionalisierung der Archivwissenschaft in Guatemala. Diese Arbeit und Aktivitäten scheinen nun aber gefährdet.

AHPN – quo vadis?

Seit seiner Entdeckung im Jahr 2005 stellt die Arbeit mit dem Archivmaterial das Personal des AHPN immer wieder vor grosse Herausforderungen. Die grösste Herausforderung war und ist jedoch der politische Kontext in Guatemala. Seit Mitte 2018 haben sich die politisch motivierten Angriffe auf das AHPN wieder intensiviert. Um nur einige zu nennen:

– Im August 2018 wurde der langjährige Direktor des AHPN abrupt entlassen. Aufgrund von Drohungen gegenüber ihm und seiner Familie lebt er seither im Exil.
– Im Mai 2019 hat der damalige Innenminister signalisiert, dass sein Ministerium wieder in irgendeiner Form Kontrolle über das Archiv erlangen möchte, einschliesslich einer möglichen Einschränkung des Zugangs zu den Dokumenten.
– 2019 hat die Regierung entschieden, keine finanzielle Unterstützung der internationalen Gemeinschaft für das AHPN mehr zu akzeptieren, obwohl diese seit 2005 seine primäre Finanzierungsquelle war. Diese Entscheidung führte schlussendlich zu einer drastischen Reduktion der Mitarbeiter*innen und zum Quasistillstand der Arbeit. Gemäss Medienberichten arbeiteten im Februar 2020 nur noch 15 Personen im AHPN und keine mit nachgewiesener Erfahrung in Archivwissenschaft.

Es ist klar, dass diese administrativen Manöver der Regierung darauf abzielen, den Zugang zu den Informationen des AHPN und dessen Beitrag zur Vergangenheitsarbeit einzuschränken respektive gänzlich zu verhindern. Obwohl das Oberste Gericht Guatemalas am 3. März 2020 verfügt hat, dass das Archiv geschützt und seine Integrität gewährleistet werden muss, deutet vieles darauf hin, dass sich die prekäre Lage des AHPN unter der neuen Regierung von Alejandro Giammattei (seit Januar 2020 an der Macht) kaum ändern wird.

Corsin Blumenthal

---

1 Die Nationalpolizei wurde 1997 im Rahmen der Friedensverträge aufgelöst und durch die Zivile Nationalpolizei ersetzt.

2 Weitere Informationen zum Fall Molina Theissen: https://www.menschenrechte.org/wp-content/uploads/2018/08/Der-Fall-Molina-Theissen_Gretel-Mej%C3%ADa.pdf.

Zementierte Machtverhältnisse in der Coronakrise

Am 24. April feierte die Regierung unter Alejando Giammattei ihre ersten 100 Tage im Dienste der Bevölkerung Guatemalas. Gleich zu Beginn seiner Amtszeit bietet die globale Gesundheitskrise dem Präsidenten eine willkommene Plattform, sich als «Held der Nation» zu gebärden. Seit der Bestätigung des ersten COVID-19-Falls in Guatemala am 13. März hat Giammattei sehr rasch rigorose Massnahmen zur Eindämmung des Virus verordnet. Fast täglich tritt der Präsident vor die Kamera, um als einzige legitimierte Quelle die Nation über die aktuelle Situation zu informieren. Oft tut er dies im Ärztekittel, auch wenn er das letzte Mal in den 1980er-Jahren im Gesundheitsbereich tätig war. Er ist vor Ort beim Aufbau neuer Spitäler und legt für die Kamera gleich selber Hand an beim Verpacken der Hilfspakete für die ärmste Bevölkerungsschicht. Gleichzeitig dient ihm die Krise als Imagekampagne für das Militär. Kriegsverbrechen und Massaker scheinen schnell vergessen, wenn die Armee Essenspakete an bedürftige Familien verteilt. Über allem steht schliesslich der Aufruf zur Einheit, «¡Juntos saldremos adelante!», und niemals lässt es der Präsident aus, im Namen Gottes zu sprechen: Jede seiner Ansprachen beendet er mit dem Satz «¡Que Dios les bendiga, pero especialmente, que Dios bendiga a Guatemala!».

Giammattei scheint also alles unter Kontrolle zu haben. Seine Popularität ist gross. Auf den sozialen Medien wird er als «mi Presidente» und sogar «mi Lord» bejubelt. Aber es gibt auch die kritischen Stimmen, denn bei genauer Betrachtung wird schnell klar: Die offiziellen Zahlen (ein total von 342 bestätigten Fällen bis zum 23. April) sind kaum realistisch. Es gilt die einfache Regel: Wo keine Tests gemacht werden, da existieren keine Fälle. Es gibt nur einen mangelhaften Zugang zu Information und epidemiologischen Daten; die «Pressekonferenzen» des Präsidenten sind Monologe ohne Platz für Fragen von Journalist*innen; immer wieder finden sich auch Widersprüche in seinen Aussagen; und trotz der bestimmten Auftritte des *presidente* wird erneut klar, dass in Wirklichkeit der CACIF[1] die Fäden in den Händen hält.

Laufend entstehen neue Armenküchen. Auf dem Bild in Santiago Atitlán in Sololá .
Foto: Prensa Comunitaria

So hat Giammattei am Abend des 16. März die Suspension aller Arbeitstätigkeit sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor angekündigt, ausgenommen in Telekommunikationsfirmen, ausgewählten Regierungsinstitutionen, Lebensmittelgeschäften, Märkten und Tankstellen. Diese Massnahme hielt jedoch gerade mal acht Stunden an. Am nächsten Tag nahmen Callcenter, Maquilas und andere grosse Firmen die Arbeit nicht nur wie gewohnt auf, sie zwangen ihre Arbeiter*innen zu erscheinen, obwohl zu diesem Zeitpunkt der öffentliche Verkehr bereits eingestellt war. Am Abend des 17. März passte der Präsident dann unter dem Vorwand eines Missverständnisses seine Instruktionen insofern an, dass alle Firmen weiterarbeiten können, wenn sie die von der Regierung angeordneten Hygienemassnahmen einhalten und ihren Arbeiter*innen eine Transportmöglichkeit anbieten können. Der Regierung fehlt jedoch die Kapazität, dies angemessen zu kontrollieren.

Auch bei den staatlichen Hilfsprogrammen geben die Grossen den Ton an. Am 3. April hat das guatemaltekische Parlament das Dekret 15-2020 angenommen, ein «Gesetz zur wirtschaftlichen Rettung der Familien vor den Folgen der Coronakrise»[2]. Artikel 2 des Gesetzes hält fest, dass während des Ausnahmezustandes öffentliche und private Unternehmen Strom-, Wasser- und Internet-Serviceleistungen nicht unterbrechen dürfen und dass

die Nutzer*innen, die die Kosten für diese Dienstleistungen im Moment nicht aufbringen können, einen Antrag auf Bezahlung in bis zu 12 Raten stellen können. Damit ein Gesetz in Kraft tritt, muss es vom Präsidenten unterschrieben und im Amtsblatt publiziert werden. Im nächsten Amtsblatt wurden zwar drei andere Erlasse veröffentlicht, nicht aber das Dekret 15-2020. Ein Dekret, das in Kraft trat, erlässt den Arbeitsgeber*innen vorläufig die Beitragszahlungen an die Sozialversicherungen[3] , während die Arbeitnehmer*innen nicht von ihren Beiträgen befreit werden. Eine Massnahme also, die direkt den Unternehmenssektor begünstigt. Geradezu absurd wird die Szene mit der Erklärung des Energieministers, der Präsident hätte deshalb das Dekret 15-2020 noch nicht ratifiziert, weil dieses in der Bevölkerung eine «Kultur der Nichtbezahlung» fördere. Die «Kultur der Nichtbezahlung» von Unternehmen scheint jedoch niemanden zu stören.

Gemäss der Volkszählung von 2018 sind in Guatemala 69,5 Prozent der Bevölkerung im informellen Wirtschaftssektor tätig und leben mehr oder weniger von der Hand in den Mund. Die Angst, die Familie nicht mehr ernähren zu können, ist für viele realer, als die Angst vor dem Virus: «Si no trabajamos, no comemos». Um die am stärksten gefährdeten Familien zu unterstützen, hat das Parlament zehn verschiedene Sozialprogramme mit einem Gesamtbudget von dreizehntausend Millionen Quetzales bewilligt. Doch die Hilfe kommt kaum dort an, wo sie am dringendsten gebraucht wird. Die Unterstützung für Arbeiter*innen im informellen Sektor soll anhand von Listen derder Bürgermeisterämter verteilt werden. Somit liegt die Entscheidungsmacht darüber, wer finanzielle Hilfe bekommt und wer nicht, in den Händen der oftmals korrupten Lokalregierungen. Die Unklarheit, wer von den Hilfsprogrammen der Regierung profitiert und die Angst davor, leer auszugehen, führte vor den Gemeindeverwaltungen zu grossen Menschenansammlungen – was gerade in Zeiten einer Pandemie verhindert werden müsste.

Und wie ist das guatemaltekische Gesundheitssystem auf die Corona-Pandemie vorbereitet? Von Seiten der Regierung hört man erneut ein vielversprechendes Panorama. Es werden fünf neue Spitäler aus dem Boden gestampft und verschiedene einflussreiche Firmen spenden grosse Summen Geld oder Material für die Ausrüstung. Schweigen herrscht darüber, dass die bestehenden Spitäler und Gesundheitszentren extrem schlecht ausgerüstet sind und die Zahl der Ärzte und Gesundheitsfachpersonen pro Einwohner – nicht nur im Vergleich mit Europa, sondern auch mit anderen lateinamerikanischen Ländern – sehr gering ist. Dazu kommt, dass die ländliche, oft indigene Bevölkerung verarmt ist und einen viel schlechteren Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen hat.

Die grosse Katastrophe muss befürchtet werden, wenn das Coronavirus in den abgeschiedenen ländlichen Gebieten ankommt. In einem Land, wo fast die Hälfte der Bevölkerung keinen Zugang zu fliessendem Wasser hat, kann die grundlegendste Vorbeugungsmassnahme wie regelmässiges Händewaschen nicht einfach umgesetzt werden. Viele *comunidades* versuchen sich möglichst abzuriegeln, aus Angst vor dem Virus. Extreme soziale Spannung bringt vor allem das Thema der tausenden deportierten Migrant*innen, die in den letzten Wochen sowohl auf dem Luft- als auch auf dem Landweg aus den USA und Mexiko zurückgekehrt sind. Mehrere von ihnen wurden positiv auf COVID-19 getestet. Dies führt vermehrt zu einer Stigmatisierung der «Rückkehrer*innen», sie werden von ihren Heimatgemeinden abgewiesen und in manchen Gebieten kommt es zu einer richtigen Hexenjagd gegen sie. Dass die Migrant*innen einen wesentlichen Teil zur guatemaltekischen Wirtschaft und Entwicklung beitragen, geht erschreckend schnell vergessen.[4] Die Regierung stellt weder angemessene Quarantänemöglichkeiten noch Tests zur Verfügung. Auch in dieser Frage versagt sie erbärmlich.

Alice Froideveaux

---

1 Der guatemaltekische Wirtschaftverband, Comité Coordinador de Asociaciones Agrícolas, Comerciales, Industriales y Financieras.
2 Ley de Rescate Económico de las Familias por los efectos causados por el COVID-19.
3 Instituto Guatemalteco de Seguridad Social (IGSS), Instituto de Recreación de los Trabajadores (Irtra) und Instituto Técnico de Capacitación y Productividad (Intecap).
4 Die sogenannten remesas (Geldsendungen aus dem Ausland) machen ca. 14 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus.

Prensa Comunitaria – die alternative Stimme aus Guatemala

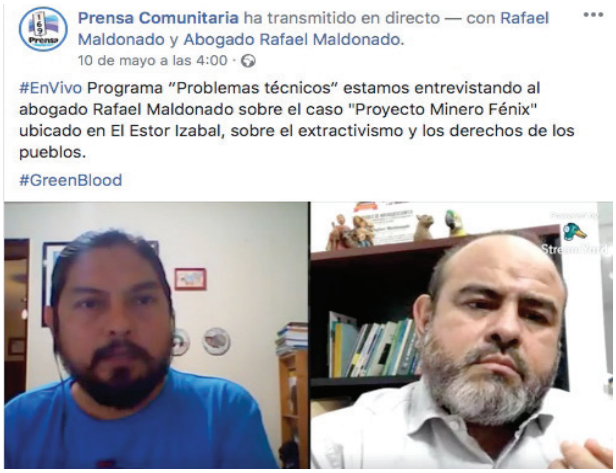
Die Presse in Guatemala scheint auf den ersten Blick recht umfangreich. Doch betreiben die verschiedenen Tageszeitungen eher einen sogenannten Verlautbarungsjournalismus, als umfassend über die Verhältnisse im Land zu berichten. Das ist nicht weiter verwunderlich, denn die Medien sind in der Hand weniger Familien, die die Geschicke Guatemalas bestimmen. Die Eigentümer legen ihre Zeitungen an eine mehr oder weniger kurze Leine. Nur ab und zu finden kritische Kolumnen den Weg an eine breite Öffentlichkeit.

Mit dem Aufkommen digitaler Medien und des Kabelfernsehens erscheinen zwar immer mehr Beiträge aus anderen Perspektiven. Doch über Ereignisse in ländlichen Gegenden oder verschiedene soziale Bewegungen und deren Kämpfe um ein würdiges Leben berichten diese Medien höchst selten. Diese Lücke füllt die alternative indigene Onlinezeitung Prensa Comunitaria. Im 2019 besuchten drei ihrer Journalist*innen, Quimy de Léon, Nelton Rivera und Carlos Ernesto Choc, die Schweiz. Guatemala-Netz Zürich hatte Gelegenheit mit ihnen über den Beginn von Prensa Comunitaria und ihre Arbeit zu sprechen.

Die Gründung von Prensa Comunitaria geht auf eine Untersuchung in ländlichen Gebieten zurück. Unter der Leitung von Dr. Bastos Amigo, Mitherausgeber eines Wissenschaftsmagazins der FLACSO, untersuchten Nelton Rivera und drei weitere Wissenschaftler*innen die Auswirkungen der Globalisierung in indigenen Gemeinden. Dabei konzentrierten sie sich auf die Regionen, in denen sich transnationale Unternehmen niedergelassen hatten und unter Missachtung der Rechte der lokalen Bevölkerung mit der Ausbeutung von Rohstoffen und der Wasserkraft begannen. In der Folge kam es zu friedlichen Widerstandsaktionen der lokalen Bevölkerung. Polizei und Militär sicherten die Interessen der multinationalen Unternehmen. 2011 kam es in Alta Vera Paz und Izabal zu gewaltsamen Vertreibungen. 2012 wurde im Norden von Huehuetenango der Belagerungszustand ausgerufen.

Nelton erinnert sich: «Wir von FLACSO wollten verstehen, welche Auswirkungen das Eindringen der multinationalen Unternehmen auf die Menschen hatte und was die *comunidades* mit ihrem Widerstand erreichen wollten. Wir wollten den friedlichen Widerstand verstehen. Zu diesem Zweck starteten wir eine Umfrage, an der sich um die 65 comunidades und traditionelle indigene Führungspersonen beteiligten. Dabei kristallisierten sich zwei Hauptanliegen heraus: Austausch und Information. Ein wichtiges Bedürfnis der traditionellen Führungspersonen war der Austausch mit anderen Gemeinden, in denen ähnliche Projekte geplant oder bereits im Gange waren.»

Aufgrund dieser Erfahrung gründeten die beteiligten Wissenschaftler*innen zusammen mit weiteren Unterstützer*innen Prensa Comunitaria und registrierten im Dezember 2012 ihren Zusammenschluss als Unternehmen. Geleitet wird das Unternehmen von Quimy de León.



Ausschnitt aus einem aktuellen Interview in facebook von Prensa Comunitaria zur Nickelmine Fénix in El Estor. Links Nelton Rivera, Mitgründer von Prensa Comunitaria, rechts Rafael Maldonado, Anwalt.

Von Anfang an war die enge Zusammenarbeit mit den sozialen Bewegungen und indigenen Führungspersonen in den Gemeinden entscheidend. «Wir sind Frauen und Männer indigenen Ursprungs, Maya Q'anjob'al, K'iche', Kekchí, Pocomchí, Kaqchikel und Mestiz*innen. Wir leben in verschiedenen Regionen des Landes und teilen unterschiedliche Erfahrungen. Wir teilen den Traum der Einheit und Gemeinschaft. Deshalb der Begriff *comunitaria*, gemeinschaftlich.»

Neben Informationen und Analysen zu Politik und Kultur war das Ziel von Prensa Comunitaria über die Aktivitäten der sozialen Bewegungen zu berichten und sie im Kampf gegen die grassierende Straffreiheit zu unterstützen.

Wie funktioniert ein alternatives Presseorgan?

Schnell konnte ein Korrespondent*innennetz aufgebaut werden. Oft bestimmen die Gemeinden die Informant*innen, die mit Prensa Comunitaria zusammenarbeiten sollen. Ein Mitglied der Redaktion besucht die Gemeinde und bildet die künftige Journalist*in aus. Mittlerweile verfügt Prensa Comunitaria über ein Netzwerk von 45 Reporter*innen, die die Redaktion mit Informationen beliefern. Diese werden verifiziert, redaktionell aufgearbeitet und via Internet, Facebook, Instagram und Twitter verbreitet.

Bis vor kurzem arbeitete das Redaktionsteam virtuell. Ende 2019 konnte Prensa Comunitaria ein Büro mieten für Sitzungen und Weiterbildungen. Auf Qualität wird grosser Wert gelegt.

«Mittlerweile sind wir in Guatemala so bekannt, dass selbst die traditionellen Zeitungen Informationen übernehmen oder nach unseren Quellen fragen. Unsere Reporter*innen haben einen Vorteil, Sie geniessen das Vertrauen der Menschen vor Ort und können über Ereignisse unmittelbar berichten. Die sozialen Bewegungen verfolgen unsere Veröffentlichungen genau, geben uns Hinweise über bevorstehende Aktionen oder sie fragen nach, weshalb wir über Vorkommnisse in ihrer Gemeinde noch nicht berichtet haben», erzählt Nelton.

Als unabhängiges Presseorgan erzielt Prensa Comunitaria keine Werbeeinnahmen. Die Informationen werden kostenlos zur Verfügung gestellt. Um die Kosten zu decken, bietet Prensa Comunitaria Dienste an und erstellt Analysen oder Strategiepapiere für Nichtregierungsorganisationen, organisiert Workshops oder moderiert Zusammenkünfte für verschiedenen Gruppierungen.

Zwei Nichtregierungsorganisationen aus den USA und eine aus Norwegen unterstützen das Informationsportal mit kleineren Beiträgen. Den Reporter*innen werden lediglich die Kosten für Internetzugang, Telefonnutzung und Transport beglichen. Für ihren Lebensunterhalt sorgen sie selbst, indem sie nebenbei als Lehrpersonen oder in der Landwirtschaft arbeiten oder Veranstaltungen lokaler Organisationen moderieren.

Einsatz für die Menschenrechte

Die Berichterstattung über die Machenschaften von transnationalen Unternehmen, über das gewaltsame Vorgehen von Sicherheitskräften, aber auch Informationen über den gewaltfreien Widerstand der mehrheitlich indigenen Gemeinden bringen die Reporter*innen oft in Gefahr. Sie werden bedroht, diffamiert und mit missbräuchlichen Haftbefehlen belegt. Der Fonds zur Unterstützung von Menschenrechtsverteidiger*innen von Guatemala-Netz Zürich hat bereits mehrmals bedrohte Journalist*innen unterstützt, damit sie sich an geheimen Orten in Sicherheit bringen konnten, so auch Prensa Comunitaria-Reporter Carlos Ernesto Choc. Gegen ihn wurde im Dezember 2017 ein Haftbefehl ausgestellt. Nach wiederholten Drohungen musste er untertauchen. Er hatte die Umweltverschmutzung im Izabalsee mit Fotos und Berichten dokumentiert und den Kampf der lokalen Fischerzunft um sauberes Wasser journalistisch begleitet. Er war auch dabei, als die Sicherheitskräfte bei einer friedlichen Kundgebung einen Fischer erschossen und stellte das Foto mit einem ausführlichen Bericht ins Netz.

In Anerkennung für ihre Arbeit erhielt Prensa Comunitaria im Dezember 2015 den Alice Zachmann Preis, der von der Guatemala Human Rights Commission in Washington (GHRC) vergeben wird.

Prensa Comunitaria ist zu einem bedeutenden Informationsportal für die sozialen Bewegungen und für Menschenrechtsverteidiger*innen in den Gemeinden geworden und dient auch den Guatemala-Interessierten in der Schweiz als wichtige Nachrichtenquelle.

Silvia Brennwald

In Kürze

Sozialgesetz COVID-19

Im April legte Präsident Giammattei sein Veto gegen Dekret 25-2020 ein. Dieses sollte während der Coronakrise Familien in Armut einen Zahlungsaufschub für öffentliche Dienstleistungen wie Wasser, Strom und Telefonie zusichern. Das Verfassungsgericht erklärte das Veto für verfassungswidrig. Am 2. Mai stimmten die Kongressabgeordneten zugunsten des Dekrets, das Giammattei nun bis zum 10. Mai erlassen muss.

Neues NGO-Gesetz suspendiert

Am 11. Februar schmuggelten einige Abgeordnete überraschend eine Reform des NGO-Gesetzes auf die Tagesordnung des Kongresses. Dieser verabschiedete den Text als Dekret 4-2020. Unter dem Vorwand der Transparenz beschneidet das neue Gesetz den Spielraum von Nichtregierungsorganisationen und ermöglicht es den Behörden, unliebsame Organisationen zu verbieten. Obwohl zahlreiche nationale und internationale Organisationen, darunter das Uno-Hochkommissariat für Menschenrechte und die Interamerikanische Menschenrechtskommission, sich gegen das Dekret aussprachen, unterzeichnete Präsident Giammattei es am 27. Februar. Aufgrund verschiedener Beschwerden ordnete das Verfassungsgericht am 2. März die vorläufige Aufhebung des Dekrets an. Es muss sich später zu dessen Verfassungsmässigkeit äussern.

Mitgliederversammlung verschoben

Aufgrund der aktuellen Coronasituation kann die Mitgliederversammlung nicht im Juni stattfinden. Der Vorstand hat entschieden, die Mitgliederversammlung nicht virtuell durchzuführen, sondern wenn möglich einen Termin in der zweiten Jahreshälfte zu wählen, der ein persönliches Zusammenkommen zulässt.

Impressum
Nr. 65, 12.05.2020
Erscheint 2 bis 4 mal jährlich.
http://ww.guatemalanetz-zuerich.ch
mailto: info@guatemalanetz-zuerich.ch
Redaktion und Layout: Barbara Klitzke
Lektorat: Jacqueline Hefti
Administration: Silvia Brennwald
Postkonto 87-674612-1
IBAN CH90 0900 0000 8767 4612 1

Armenküche in Zeiten des Coronavirus

In Guatemala-Stadt kam es Ende April in der der von einem Kollektiv von Freiwilligen betriebenen Armenküche Olla Comunitaria zu einem Streit zwischen einem der Helfer und Roberto Arzú, Präsidentschaftskandidat 2019 und Sohn des ehemaligen Präsidenten Álvaro Arzú, der aus einer der reichsten und mächtigsten Familien des Landes stammt. Der Politiker wollte der Einrichtung 100 Kilogramm Hähnchen spenden, doch wurde er von den Freiwilligen samt seiner Hähnchen mit Schimpf und Schande davongejagt. Dabei sollen folgende Worte gefallen sein: «Sie und Ihresgleichen haben alle Macht zu verhindern, dass so viele Menschen auf solche Armenspeisungen angewiesen sind. Wenn sie wirklich helfen wollen, dann schauen sie dafür, dass diese Menschen Arbeit haben und ein gutes Gesundheitssystem, das sie schützt. Das Gesundheitssystem funktioniert schon seit langem nicht mehr und die Menschen leiden seit Jahren an Armut und Hunger. Diese Menschen, die hier für eine Mahlzeit anstehen, sind ein Produkt von vielen Jahren Ignoranz der Politiker und reichen Familien dieses Landes.»

Edith Bitschnau

22. Jahrestag des Mordes an Bischof Gerardi

Am 26. April 2020 jährte sich die Ermordung von Bischof Juan José Gerardi Conedera zum 22. Mal. Gerardi wurde 1998 ermordet, zwei Tage nachdem das Menschenrechtsbüro des Erzbistums von Guatemala ODHAG den Bericht «Guatemala: nie wieder» öffentlich vorgestellt hatte. Dieser enthält die Aussagen tausender Zeugen und Opfer der Unterdrückungen und Gewalttaten während des Bürgerkrieges von 1960 bis 1996. Drei Armeeoffiziere wurden als Mörder verurteilt. 2016 wurde einer der Täter, Byron Lima Oliva bei einem Aufstand im Gefängnis Pavón ermordet. Den Auftrag zum Mord an Gerardi soll der mittlerweile auch verstorbene ehemalige Präsident Álvaro Arzú Irigoyen erteilt haben. Dies konnte aber nie bewiesen werden.

Besuchen Sie uns auf Facebook!

Guatemala-Netz Zürich ist auf Facebook und bringt regelmässig Nachrichten zu aktuellen Geschehnissen aus und um Guatemala. Bleiben Sie dran: https://www.facebook.com/Guatemala-Netz-Zürich-2033014166972006